

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- Produktion im Juli gesunken
- Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe deutlich gestiegen
- Arbeitsvolumen wieder auf Vor-Corona-Niveau
- Beantragte Regelinsolvenzen seit letztem Jahr gestiegen

2. Unternehmen

- Geschäftsklima im Mittelstand weiterhin im Negativtrend
- Jedes fünfte Auto in Unternehmensflotten elektrisch
- Unternehmen bezahlen immer später ihre Rechnungen

3. Politik

- Arbeitsminister Heil fordert Mindestlohn von 15 Euro
- Erneute Rechtsunsicherheit im Bundeshaushaltsgesetz
- ifo-Bildungsbarometer 2024

1. Konjunktur

Produktion im Juli gesunken¹

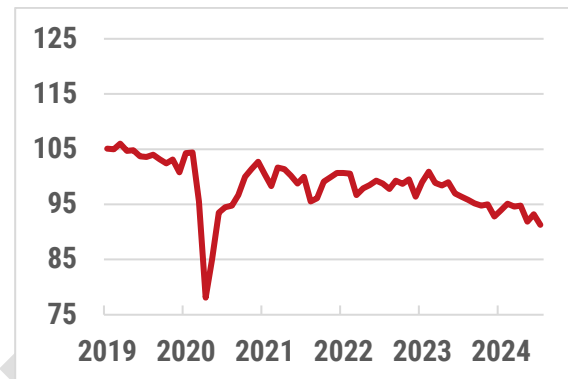
Im Juli 2024 sank die reale Produktion im Produzierenden Gewerbe **gegenüber dem Vormonat Juni um 2,4 Prozent**, während sie im Dreimonatsvergleich um 2,7 Prozent zurückging. **Im Vergleich zum Juli 2023** war die Produktion um **5,3 Prozent niedriger**.

Im Juli 2024 ging die Produktion in den meisten Bereichen des Produzierenden Gewerbes zurück, insbesondere in der **Automobilindustrie mit einem starken Rückgang von 8,1 Prozent gegenüber dem Vormonat**, was das Gesamtergebnis erheblich beeinflusste. Auch die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen und

¹ Statistisches Bundesamt. (2024, September 6). [Produktion im Juli 2024: -2,4 % zum Vormonat.](#)

Metallerzeugnissen verzeichnete deutliche Rückgänge. Die Industrieproduktion insgesamt sank um 3,2 Prozent, wobei Investitionsgüter besonders betroffen waren. **Im Vergleich zum Juli 2023** war die **Industrieproduktion um 6,1 Prozent niedriger**.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, 2021 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Destatis

Die **Produktion in den energieintensiven Industriezweigen sank** im Juli 2024 **gegenüber dem Vormonat um 1,8 Prozent**, war aber im **Dreimonatsvergleich um 0,7 Prozent höher**. **Im Vergleich zum Juli 2023** stieg die Produktion in diesen Industriezweigen um **3,0 Prozent**.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe deutlich gestiegen²

Im Juli 2024 stieg der reale **Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe um 2,9 Prozent** gegenüber dem Vormonat. Im **Dreimonatsvergleich** lag der Auftragseingang um **1,7 Prozent höher**, allerdings ohne Berücksichtigung von Großaufträgen leicht niedriger. Der **Auftragseingang für Juni 2024** wurde auf einen **Anstieg von 4,6 Prozent** revidiert.

Der Anstieg erklärt sich vor allem durch einen Anstieg der Großaufträge im „**Sonstigen Fahrzeugbau**“ (Flugzeuge, Schiffe, Züge, Militärfahrzeuge) mit **86,5 Prozent zum Vormonat** und bei **elektrischen Ausrüstungen (+18,6 Prozent)**. Der **Maschinenbau** verzeichnete hingegen einen

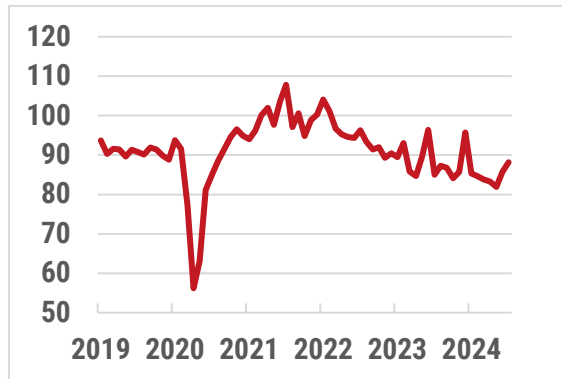
² Statistisches Bundesamt. (2024, September 5). [Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2024: +2,9 % zum Vormonat.](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW33 13.09.2024

Rückgang von 6,1 Prozent, was das Gesamtergebnis leicht belastete.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe, 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis

Investitionsgüter stiegen um 3,5 Prozent und Vorleistungsgüter um 4,4 Prozent, während die Konsumgüter um 5,8 Prozent zurückgingen. Die **Auslandsaufträge stiegen um 5,1 Prozent**, während die **Inlandsaufträge unverändert** blieben.

Zahl der Arbeitsstunden auf Rekordhoch³

Im **zweiten Quartal 2024** stieg das **Arbeitsvolumen auf 14,7 Milliarden Stunden**, ein **Anstieg von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal**, und übertraf damit erstmals wieder den Vor-Corona-Stand. Saison- und kalenderbereinigt zeigte sich eine **Zunahme von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal**.

Die **Teilzeitquote** kletterte im zweiten Quartal 2024 auf **39,8 Prozent**, mit einem **Anstieg der Teilzeitbeschäftigten um 1,6 Prozent**, während die **Vollzeitbeschäftigten leicht um 0,3 Prozent sanken**. Diese Entwicklungen sind unter anderem auf einen **Beschäftigungszuwachs in Branchen mit hohem Teilzeitanteil** zurückzuführen.

Überstunden **gingen im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück**, wobei Arbeitnehmende im

Durchschnitt 2,9 bezahlte und 4,1 unbezahlte Überstunden leisteten. Die Zahl der Beschäftigten mit Nebentätigkeiten stieg um 2,9 Prozent auf 4,56 Millionen, wobei das Wachstum zuletzt schwächer ausfiel.

Beantragte Regelinsolvenzen seit letztem Jahr gestiegen⁴

Im **August 2024** stieg die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland um **10,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat**. Seit Juni 2023 liegen die **Zuwachsraten** – mit Ausnahme des Juni 2024 – **durchgehend im zweistelligen Bereich**, wobei die Anträge erst nach der ersten Gerichtsentscheidung in die Statistik einfließen. Die erfassten Insolvenzen werden in der Regel etwa drei Monate vorher beantragt.

Im **1. Halbjahr 2024** wurden 10.702 Unternehmensinsolvenzen gemeldet, ein **Anstieg von 24,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr**. Die Gläubigerforderungen stiegen deutlich auf 32,4 Milliarden Euro im Vergleich zu 13,9 Milliarden Euro im Vorjahr. **Besonders betroffen waren die Branchen Verkehr und Lagerei** mit 60,9 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen, gefolgt vom **Baugewerbe** und den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“.

2. Unternehmen

Geschäftsklima im Mittelstand weiterhin im Negativtrend⁵

Im August 2024 verschlechtert sich die Stimmung unter deutschen Mittelständlern weiter, mit einem **Rückgang des Geschäftsklimas um 1,3 Punkte auf -19,0 Saldenpunkte**. Die **Lagebeurteilung sinkt** auf -17,7 Punkte, den **schlechtesten Wert seit Juli 2020**, während die **Geschäftserwartungen** auf -20,4 Punkte **fallen**, ein

³ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). (2024, September 3). [Das Arbeitsvolumen übertrifft erstmals wieder den Vor-Corona-Stand](#).

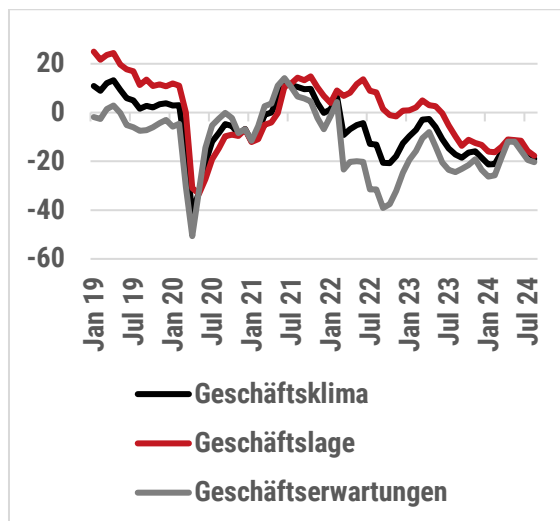
⁴ Statistisches Bundesamt. (2024, September 11). [Beantragte Regelinsolvenzen im August 2024: +10,7 % zum Vorjahresmonat](#).

⁵ Borger, K. (2024). [Stimmung im Mittelstand: Ein wenig Licht und noch viel Schatten](#) (KfW-ifo-Mittelstandsbarometer). KfW Research.

Sechsmonatstief. Eine kurzfristige Erholung scheint somit schwer erreichbar.

Trotz der allgemeinen Verschlechterung gibt es **einige positive Entwicklungen**: Im **Großhandel und Einzelhandel** ist das **Geschäftsklima gestiegen**, was auf eine **mögliche Erhöhung der Konsumausgaben** hinweist. Allerdings bleibt das Großhandelsklima am unteren Ende der Stimmungstabelle, während das **Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleister einen deutlichen Rückgang im Geschäftsklima verzeichnen**. Das **Bauhauptgewerbe** zeigt **nahezu unveränderte Werte**, was auf eine Stabilisierung hindeutet.

KfW-Mittelstandsbarometer



Quelle: KfW-Research

Das **Geschäftsklima in Großunternehmen sank stärker als im Mittelstand**, mit einem Rückgang um 3,5 Punkte auf -25,6 Saldenpunkte. Besonders die Geschäftserwartungen trüben sich stark ein, während die Lageurteile weniger stark zurückgehen. Im Gegensatz dazu zeigt der **Wirtschaftsbau und Tiefbau bei Großunternehmen eine merkliche Verbesserung des Geschäftsklimas**, was den **höchsten Stand seit fast anderthalb Jahren** erreicht.

⁶ Grewenig, E., Römer, D., & Rode, J. (2024). [Jeder fünfte Pkw im Unternehmensfuhrpark fährt inzwischen elektrisch – weitere Impulse nötig](#) (Fokus Volkswirtschaft No. 470). KfW Research.

Jedes fünfte Auto in Unternehmensflotten elektrisch⁶

Der **Verkehrssektor** in Deutschland ist für mehr als ein **Fünftel der Treibhausgasemissionen** verantwortlich, wobei der Anteil an den Emissionen stetig ansteigt. Um die Klimaziele zu erreichen und EU-Strafzahlungen zu vermeiden, sind **umfassende Maßnahmen im Verkehrsbereich erforderlich**. Unternehmensflotten spielen eine wesentliche Rolle bei der Emissionsreduktion, da sie einen **Großteil der Pkw-Neuzulassungen und Nutzfahrzeugemissionen** ausmachen. Während der Anteil **elektrisch betriebener Pkw bei Unternehmen auf 20 Prozent gestiegen ist**, bleibt die Verbreitung von **Elektro-Nutzfahrzeugen** mit etwa **2 Prozent** gering.

Für eine nachhaltige Flottenelektrifizierung sind **zusätzliche Anreize** notwendig, wie **zinsgünstige Förderkredite**, ein **verlässliches CO2-Preis-signal** und die **Befreiung elektrisch betriebener Fahrzeuge von der Lkw-Maut**. Besonders die Dekarbonisierung der Nutzfahrzeugflotte muss stärker in den Fokus rücken, um die Emissionen im Verkehrssektor insgesamt zu senken.

Unternehmen bezahlen immer später ihre Rechnungen⁷

Im ersten Halbjahr 2024 zahlten deutsche Unternehmen ihre Rechnungen im Durchschnitt nach **53,2 Tagen, fast acht Tage später als im Vorjahreszeitraum**, obwohl das **Zahlungsziel bei 26 Tagen** liegt. Besonders stark ist der Zahlungsverzug im **Gastgewerbe, der Bau- und der Immobilienbranche**. Damit liegt der Verzug bei der Bezahlung von Geschäftsrechnungen im **Durchschnitt bei 27,2 Tagen**.

Die Zahlungsmoral liegt **leicht über dem Niveau vor Corona**, wobei **nur im ersten Halbjahr der Pandemie ein höherer Verzug von 34,4 Tagen** verzeichnet wurde. Die **Forderungsausfälle** durch Firmenpleiten stiegen im ersten Halbjahr

⁷ Terpitz, K. (2024, September 9). [Unternehmen lassen sich bei Rechnungen immer mehr Zeit](#). Handelsblatt.

2024 auf rund **19 Milliarden Euro**, was sechs Milliarden mehr als im Vorjahr bedeutet. Dies hat ernsthafte Auswirkungen auf Unternehmen, die aufgrund verspäteter Zahlungen ihre **Investitionen zurückstellen und Rechnungen nicht begleichen können**.

Nur **acht Prozent der Unternehmen in Deutschland zahlen Rechnungen zu spät**, was etwa 320.000 Betriebe betrifft, meist größere Firmen. **Kleine und mittlere Betriebe leiden besonders unter verspäteten Zahlungen**, da sie oft weniger Kapital und schwächere Liquidität haben. Außerdem erfordert das Eintreiben von unbezahlten Rechnungen viel Aufwand, **was kleinere Firmen häufig davon abhält, rechtliche Schritte einzuleiten, obwohl schnelles Handeln wichtig ist**, um größere Probleme zu vermeiden.

3. Politik

Arbeitsminister Heil fordert Mindestlohn von 15 Euro⁸

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil fordert, den Mindestlohn in Deutschland **ab 2026 auf rund 15 Euro** zu erhöhen. In einem Schreiben an die Mindestlohnkommission verwies er dabei auf die Umsetzung der Europäischen Mindestlohnrichtlinie, die einen Mindestlohn von 60 Prozent des mittleren Lohns vorsehen würde, was derzeit etwa 15,27 Euro pro Stunde wären.

Der Mindestlohn stieg 2024 auf 12,41 Euro, ab 2025 soll er auf 12,82 erhöht werden. Die Anhebung für 2026 muss die Mindestlohnkommission bis Mitte 2025 entscheiden. **Der Kommission steht offen, ob sie der Aufforderung des Ministers folgt**.

BVMW-Position:

Die Mindestlohnkommission wurde 2014 berufen, um zu vermeiden, dass Politiker mit Mindestloohnerhöhungen Wahlkampf machen. Nachdem dieses Versprechen bereits 2022 durch die politische Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf

Euro gebrochen wurde, folgt nun der nächste Angriff auf die Autonomie der Tarifpartner.

Davon abgesehen würde durch eine weitere Erhöhung des Mindestlohns der **deutsche Standort noch unattraktiver** werden als er es derzeit ohnehin schon ist. Da Deutschland sich bereits jetzt in einer Wirtschaftskrise befindet, ist volkswirtschaftlich der **absolut falsche Zeitpunkt für eine Mindestloohnerhöhung**.

Zudem ist die Bundesregierung **keineswegs** durch die EU-Mindestlohnrichtlinie an eine Erhöhung auf 60 Prozent des Medianlohns **gebunden**. In Art. 5 (4) der Richtlinie ist bloß die Maßgabe enthalten, dass die jeweiligen Regierungen sich an **international üblichen oder nationalen Referenzwerten** orientieren können. Ob 60 Prozent für die Berechnung zugrunde gelegt werden, ist eine **politische Entscheidung der Bundesregierung**.

Erneute Rechtssicherheit im Bundeshaushaltsgesetz⁹

Kurz vor der Vorstellung des Haushaltsentwurfs für 2024 durch Finanzminister Lindner kritisiert die Unionsfraktion die Regierung scharf und wirft ihr **verfassungsrechtlich fragwürdige "Luftbuchungen"** vor. Bereits im letzten Jahr hatte die Union erfolgreich gegen den Ampel-Haushalt geklagt, was zu einer anhaltenden Krise der Regierung führte.

Die Union hat ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, in dem der Jurist Hanno Kube „verfassungsrechtlich erhebliche Bedenken“ gegen den aktuellen Haushaltsentwurf äußert, insbesondere wegen einer **offenen Finanzierungslücke von zwölf Milliarden Euro**. Auch der Bundesrechnungshof kritisiert den Entwurf und warnt, dass der Haushaltsentwurf für 2025 nicht mit dem parlamentarischen Budgetrecht vereinbar seien, wobei die Ampelkoalition erhebliche rechtliche Risiken eingehe.

⁸ tagesschau.de. (2024, September 9). [Arbeitsminister Heil fordert Mindestlohn von rund 15 Euro](#).

⁹ Greive, M. (2024, September 11). [Union meldet verfassungsrechtliche Zweifel am Etat der Ampel an](#). Handelsblatt.

Die Regierung plant, zwölf Milliarden Euro im Haushalt **durch eine Globale Minderausgabe (GMA)** einzusparen, ohne konkrete Einsparposten zu benennen. Globale Minderausgaben sind Ausgaben, die z.B. aufgrund der Verzögerung von Projekten nicht 2025 erfolgen oder als Fördermittel nicht abgerufen werden. Dieser Posten ist im Bundeshaushalt **durchaus üblich, allerdings nicht in einer Höhe von zwölf Milliarden Euro.**

BVMW-Position:

Der BVMW sieht die rechtlichen Unsicherheiten im Bundeshaushalt mit Sorge, da unklare Einsparungen von zwölf Milliarden Euro die **Planbarkeit für mittelständische Unternehmen erheblich erschweren können.** Insbesondere fehlende Transparenz bei der Mittelverteilung könnte Investitionsentscheidungen und Wachstumspläne im Mittelstand beeinträchtigen. Zudem ist es geradezu zynisch, in einer Krise und angesichts der notwendigen Investitionen mit globalen Minderausgaben in Höhe von 12 Milliarden Euro zu rechnen. Denn gerade mit Investitionen, die z.B. durch Fördermittel angereizt werden könnten, ließe sich die Konjunktur wieder ankurbeln.

Die Bundesregierung muss **klare und verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen schaffen,** um wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. Ohne eine solide und transparente Haushaltsplanung drohen erhebliche Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Zukunft des Mittelstands.

ifo-Bildungsbarometer 2024¹⁰

Das ifo-Bildungsbarometer 2024 zeigt **deutliche Unterschiede in der Bewertung der Schulqualität zwischen den Bundesländern.** In Bayern gaben 41 Prozent der Befragten ihren Schulen die Note 1 oder 2, während dieser Anteil in Bremen mit nur 18 Prozent am niedrigsten war. Hamburg und Sachsen folgen mit 35 bzw. 33 Prozent,

während Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen jeweils nur 20 bis 21 Prozent erreichen.

Neben den Bewertungen der Schulqualität wurden auch zentrale Herausforderungen des Bildungssystems identifiziert. **79 Prozent der Befragten sehen den Lehrkräftemangel als großes Problem,** gefolgt von den wachsenden Unterschieden im familiären Hintergrund (66 Prozent), Migration (65 Prozent) und der zunehmenden politischen Polarisierung (64 Prozent). Diese Herausforderungen könnten laut der Mehrheit negative Auswirkungen auf die zukünftige Schulleistung haben.

In Bezug auf mögliche Reformen zeigen die Befragten eine klare Haltung: 78 Prozent unterstützen eine Erhöhung der Staatsausgaben für Schulen. Darüber hinaus befürworten 84 Prozent jährliche standardisierte Leistungstests, 81 Prozent verpflichtende Sprachtests im Vorschulalter mit zusätzlichem Deutschunterricht bei Bedarf, und 79 Prozent sprechen sich für tägliche 20-minütige Lesetrainings in der Grundschule aus. Diese hohen Zustimmungswerte sind bundesweit einheitlich.

BVMW-Position:

Gerade für Deutschland als Volkswirtschaft ohne bedeutenden Bodenschätze ist **nicht zu überschätzen, wie wichtig ein hoher Grad an Bildung in der Bevölkerung** ist. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird voraussichtlich ein **immer geringerer Teil der Gesellschaft am Erwerbsleben teilnehmen.** Das bedeutet wiederum, dass die **Menschen im erwerbstätigen Alter so produktiv wie nur möglich sein sollten.** Die Qualität des Bildungssystems entscheidet darüber, **wie gebildet und produktiv** kommende Generationen sein können. Dabei ist **auch das Weiterbildungssystem zu berücksichtigen,** das Menschen ein lebenslanges Lernen ermöglichen kann.

Der Fokus sollte dabei **nicht nur auf universitären Abschlüssen** liegen. Insbesondere

¹⁰ Werner, K., Freundl, V., Pfaehler, F., Wedel, K., & Wößmann, L. (2024). Bildungssystem im

Bundesländervergleich – Ergebnisse des ifo Bildungsbarometers 2024. *ifo Schnelldienst*, 77(9), 1–16.

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW33 13.09.2024

Berufsausbildungen in der Pflege und Energietechnik sind strukturell unterbesetzt. Daher sollte der Gesetzgeber darüber nachdenken, wie es für Menschen attraktiver werden kann, die entsprechenden Berufe zu ergreifen.

Berlin, 13.09.2024

Gez.: Ole Drabner ole.drabner@bvmw.de

Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-Juergen.voelz@bvmw.de

BVMW-INTERN